

## MEDIENINFO

Zum Thema

### Neue Finanzkrise – Sparpaket II

#### BfGT thematisierten vor den Wahlen die prekäre Haushaltlage

Bereits in der Haushaltsrede am 27.02.2009 verwiesen die BfGT auf die zukünftigen Finanzprobleme, die mit den Sparbeschlüssen keinesfalls gelöst würden. Die Sparvorschläge der BfGT (u. a. Gewinnabführung der Sparkasse, Privatisierung der Kulturräume – Theater + Stadthalle) wurden belächelt und abgelehnt. Der Hinweis auf das Sparpaket II ignoriert. Gegen die Stimmen von FDP + BfGT wurde der Haushalt trotzdem beschlossen.

Auch im Wahlkampf thematisierten die BfGT die prekäre Finanzsituation. Im Wahlprogramm, in 40.000 Bürgerzeitungen, die an alle Haushalte verteilt wurden, auf Flyern, Plakaten und dem großen LKW-Plakat. 140 Millionen € Schulden wurden prognostiziert. Die aktuellen Aussagen der Kämmerin bestätigen nun diese Vorwarnungen. Während der IHK-Diskussion in den Räumen der Bertelsmann-Stiftung sprach Bürgermeisterkandidat Nobby Morkes die Finanzprobleme und den voraussichtlichen neuen Schuldenstand an. Weder die Bürgermeisterin noch die anderen Kandidaten wollten sich näher zu der Thematik äußern.

Wer hat nun Schuld und wer trägt die Verantwortung? Es ist nicht allein die Bürgermeisterin mit ihrer Verwaltung, die diese Entwicklung zu verantworten hat. Beschlossen wurden die bisherigen Haushalte von den politischen Mehrheiten im Rat. Selbst als die Steuereinnahmen Rekordergebnisse in die Haushaltskassen spülten, wurde nicht ausreichend gegengesteuert. Das scheinen diejenigen zu vergessen, die jetzt erneut die Schuld bei anderen suchen!

Die BfGT werden sich neuen Spardiskussionen nicht in den Weg stellen, sofern die Verteilung der Lasten, Kürzungen und Streichungen Bürgergerecht erfolgen wird. Die Forderung nach zukünftigen Gewinnabführungen der Sparkasse wird ein wesentlicher Bestandteil der „Spardiskussionen“ werden. Ca. 5 Millionen € an Folgekosten sind jährlich einzusparen, wenn die Kulturräume (Theater und Stadthalle) in eine andere Gesellschaftsform, eine Genossenschaft, umgewandelt werden. Die Zuschüsse für die Kreismusikschule müssen allein schon aus „Zuwendungsgerechtigkeit“ gegenüber den privaten Musikschulen auf den Prüfstand gestellt werden. Ebenfalls sind die Zuwendungen für das Stadtmarketing in die Überlegungen einzubeziehen.

Die Politik darf sich Streichungen nicht aus Eigeninteresse entgegenstellen. Statt die neuen Ausschüsse zu vergrößern wäre z. B. die Verkleinerung von Ausschüssen (von 13 auf 9) eine angemessene Maßnahme im Rahmen der bevorstehenden Gesamtkonsolidierung.

Im Grundstücksausschuss steht die Errichtung eines Theaterparkhauses weiterhin auf der Tagesordnung. Die BfGT fordern den Beigeordneten Löhr auf, diesen Punkt sofort zu streichen. Sollte die noch amtierende politische Mehrheit diesem 1,7 Millionen € teurem Vorhaben zustimmen, würden ihre aktuellen Aussagen zum Sparwillen unglaubwürdig und ins Leere laufen.

Die BfGT werden ihrem Auftrag, die Interessen der Bürger zu vertreten, nachkommen. Der im Rahmen der Konsolidierungsberatungen abgelehnte Antrag, eine Bürgerbeteiligung am Konsolidierungsprozess durchzuführen, wird im neuen Rat wieder eingebracht.

BfGT

Bürger für Gütersloh e. V.

08. September 2009